

Ökonomische Wurzeln der umfassenden Krise der heutigen Welt

Eberhard König

Nachdem wir bisher in der Veranstaltungsreihe die Rolle der Geschichtsfälschung, der dominierenden Ideologien und der repressiven Demokratie als Ursachen für Totalitarismus (in der Charakterisierung von Hannah Arendt) analysiert haben, soll hier die Wirkung der Ökonomie als (nach Marx) der Basis der Gesellschaftssysteme diskutiert werden. Die gewaltigen Turbulenzen in der gegenwärtigen Weltsituation bedürfen komplexerer und tatsachenrelevanter Analysen als das gegenwärtig bei der Deutung der Wahlergebnisse durch die Parteien erfolgt.

Der Sozialismus ist zugrunde gegangen, obgleich wir der Auffassung waren, dass es in diesem Gesellschaftssystem nur nichtantagonistische Widersprüche gibt. Der Kapitalismus bzw. Imperialismus dagegen existiert mit seinen prozessierenden Widersprüchen weiter und ihm wird gestattet, die Menschheit und ihre Rechte zu missachten. Die AfD wurde in der „Jungen Welt“ sogar als Verwesungsprodukt der finalen Krise des Kapitalismus bezeichnet. Dennoch hält unser Gefühl der Ohnmacht an, und der Widerstand hält sich in Grenzen bzw. bleibt zersplittert. Warum?

Welche Hinweise aus ökonomischer Sicht, die zu verstehen wegen ihrer Aktualität dringend notwendig ist, finden wir bei Arendt? Nebenbei gesagt, ist das der Gegenstand, den das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) mit aller Konsequenz aus der Auseinandersetzung um Macht und Totalitarismus auszuschließen versucht. Die wissenschaftliche Analyse der Marx-Kritik von Arendt, bewertet aus marxistischer Sicht, findet, wenn überhaupt, meist mit Voreingenommenheit und nicht mit produktiver Absicht statt. Der Berliner Philosoph Ernst Müller versucht, dieses produktive Element sichtbar zu machen. Er kommt zur Aussage: „Es ist nicht ohne Ironie, dass ihre Marx-Kritik im Kern eine Kapitalismuskritik ist.“ [1] Sie interpretiere Marx, als extrapoliere er nur die Naturtendenz der bürgerlichen Gesellschaft. Marx' Definition vom animal laborans zeige den Weg in die Gegenwart. Angesichts von Kartellbildungen sagt Arendt: „Das Eigentum von Niemand ist nicht kein Eigentum, sondern verwaltetes, namenloses Eigentum, Kollektiveigentum. Diese Form des Eigentums ist spezifisch für die spät-kapitalistische Entwicklung; Kommunismus ist nur die radikalste Form des Kollektiv-

Eigentums. Sie tritt ein, wenn an die Stelle des anonymen Eigentums das Prinzip tritt: das allen alles, also niemandem etwas gehört.“ [2] Es ist im Rahmen dieses Vortrages nicht Ziel, derartige Thesen zu bewerten.

Es gibt aber für linke Denkfabriken in der Eigentumsfrage und zur Arbeitswertproblematik ausreichend Anlass, den politischen Kern der Auffassungen von Arendt in die Strategiefindung einzubeziehen. Stellen wir uns auf den Standpunkt Müllers, der Arendt Kapitalismus- und Imperialismuskritik zugesteht – dann sind dafür die folgenden vier Thesen von aktueller Wichtigkeit.

1. Rolle des Imperialismus in der Weltgeschichte [3]

Auch das Ereignis der totalen Herrschaft erhellt seine eigene Vergangenheit, und es werden „Kristallisationen“, „unterirdische Ströme“ sichtbar. Solch ein unterirdischer Strom in der Geschichte ist für Hannah Arendt der Drang nach unbegrenzter Macht, wie er sich am stärksten im Imperialismus zeigt.

Arendts Imperialismus-Analyse führt zu der Schlussfolgerung, dass sie den Imperialismus nicht für das letzte Stadium des Kapitalismus, sondern als erstes Stadium einer staatspolitisch und global organisierten Bourgeoisie markiert. [4]

2. Soziale Bindungen in kapitalistischen Systemen [5]

Der Mangel an sozialen oder anderen Bindungen bedingt die unterschiedlich stark, aber in jedem System empfundene politische Ohnmacht der Massen, die die Individuen veranlasst, ihre Selbsterhaltung auf die Erhaltung ihres eigenen Lebens und allenfalls das ihrer unmittelbaren Angehörigen zu reduzieren und sie nicht auf die Erhaltung der Gattung auszudehnen.

3. Volkseigentum und Eigentümerbewusstsein

Ohne sich je individuellen Privatbesitz an Produktionsmitteln anzueignen, verfügte in den realsozialistischen Wirtschaftssystemen ein hierarchisch gegliederter bürokratischer Apparat über die Produktionsmittel. Das führte dazu, dass sich das Eigentümerbewusstsein der werktätigen Massen bezüglich des Volkseigentums nicht oder zu schwach entfaltete. Dazu in [6], angelehnt an Ahrendt: „Ob es sich aber um Wohnungsbauprogramme, verbesserte Arbeitsbedingungen, Bildungsreformen oder kulturelle Einrichtungen in ländlichen Gebieten, um soziale Vergünstigungen für Frauen

oder um Entwicklungshilfe handelte, stets verquickten sich alte sozialistische Forderungen mit den menschenfeindlichen, kontraproduktiven Machtstrukturen und verhinderten, dass es selbst dort, wo reale soziale Leistungen erbracht wurden, zu einer Beteiligung und Mitsprache der NutznießerInnen und damit wenigstens zu begrenzten politischen Reformen kam. Die sinnentleerten emanzipatorischen Sprachhülsen aber hielten in vielen Menschen das Gefühl aufrecht, dass sie einer, wie immer schlecht durchgeführten, aber letztlich guten Sache dienten und verhinderten bzw. verlangsamten ihren Weg zur Erkenntnis. Gleichzeitig führte die Parallelität von emanzipatorischer Phrase und totalitärer Praxis dazu, dass die endgültig Desillusionierten sich von allem Emanzipatorischen abwandten und sich weniger totalitären, aber keineswegs liberaleren oder sozialeren Richtungen zuwandten.“

4. Menschheitsperspektive

„Die erschreckende Koinzidenz der modernen Bevölkerungsexplosion mit den technischen Erfindungen der Automation einerseits, die große Teile der Bevölkerung als Arbeitskräfte 'überflüssig' zu machen droht, und mit der Entdeckung der Atomenergie andererseits hat eine Situation geschaffen, in der man 'Probleme' mit einem Vernichtungspotential lösen könnte, dem gegenüber Hitlers Gasanlagen sich wie die stümperhaften Versuche eines böartigen Kindes ausnehmen. Es besteht aller Grund, sich zu fürchten, und aller Grund, die Vergangenheit zu bewältigen.“ [7]

Werden die 1. und 2. These hinsichtlich ihrer Langzeitwirkung geprüft, zeigt sich aktuell eine enorme Verdichtung und Zuspitzung imperialer, zugleich globaler und sozialer Widersprüche, die es in ihrer zusammenfassenden Verallgemeinerung notwendig machen, den Imperialismus von heute als die ständige Ausweitung des Terrors der Ökonomie zu charakterisieren.

In sich ständig beschleunigender Zunahme der ökonomischen Widersprüche kann auch das globalisierte kapitalistische Wirtschaftssystem keine stabilen Profitraten mehr garantieren. Weltkartelle, wie die OPEC, sind in der Lage, die gesamte Weltwirtschaft umfassend zu beeinflussen, und Rankingagenturen die politischen Prozesse auf nationalen Ebenen nach Belieben zu steuern. Die irreversiblen

Disproportionen in der Sphäre der Verteilung waren und sind die eigentlichen Ursachen von Kriegen, die immer Verteilungskriege waren und sind. Solche außer Rand und Band geratene Verteilungsproportionen sind vermutlich nur durch Vergrößerung der Zahl von Kriegsschauplätzen und des Ausmaßes der Kriege temporär zu mindern. Kapitalistisches System braucht 30 Mill. Menschen nicht.

Aktuelle Tatsachen zu den Verteilungsverhältnissen in einer Welt, die durch und durch von kapitalistischen Verhältnissen bestimmt werden, sind kurz gefasst:

- Vermögende sind in überproportionalen Dimensionen gewachsen und werden als das höchste zu schützende Gut rechtlich und politisch behandelt.
- Krisenhaften Prozessen des Kapitalismus/Imperialismus (zyklische und strukturelle) wird politisch durchgängig so begegnet, dass Belastungen über den Staat zu Lasten derer gehen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, einschließlich weiter Teile des Mittelstandes. Vermögende gehen aus Krisen stets gestärkt hervor. Das entscheidende Ventil ist die Staatsverschuldung (Reduzierung der Staatsschulden ist Reichtumserhöhung der Kreditgeber).
- Markt und Wettbewerb sind nicht frei, sondern so angelegt, dass der in der Reichtumsskala höher Stehende als Profiteur und Sieger besteht.
- Der Nutzen aus der Produktivitätssteigerung gehört alleinig den Shareholdern. Für die Leistungserbringer wird alles auf die Tarifautonomie reduziert, im Wissen, dass die Gewerkschaften systemtreu und gespalten sind.
- Das Kapital besitzt das absolute und rechtlich geschützte Investitionsmonopol. Der Staat gibt es durch Austeritätspolitik immer stärker aus der Hand.
- 1980 betrug das Verhältnis von realem Weltvermögen und Finanzvolumen 1:1. Heute liegt es bei 1:3,5 und Draghi druckt weiter Geld. Dass es nicht zu einer stärkeren Inflation kommt, hat seine Gründe in der Verlagerung inflationärer Tendenzen auf Gebiete, die bei volkswirtschaftlicher Inflationsberechnungen ausgespart bleiben (Immobilien, Ausbleiben der Zinsen bei Sparern usw.).
- Auf dem Gebiet der globalisierten Ökonomie ist Deutschland zumindest im Bereich der G28 der schlimmste Nationalist. Durch Deutschlands ständigen Exportüberschuss wird die europäische Wirtschaftsentwicklung immer stärker polarisiert. Die fehlende Solidarität sichert Deutschland einen – wenn auch

nicht für alle – überdurchschnittlichen Wohlstand, treibt aber die anderen Länder immer tiefer in Schulden.

- Der Protektionismus im Handel wird so gestaltet, dass die reichen Länder am stärksten davon profitieren und die Entwicklung in den ärmeren Ländern negativ beeinflusst wird.

Im 21. Jahrhundert erleben wir infolge dieses ökonomischen Terrors eine soziale und wirtschaftliche Finalkrise, die in der Welt von der Peripherie in die verursachenden Zentren (USA, Frankreich, Österreich, Deutschland, Großbritannien) eindringt. Für die Verursacher dieser Entwicklungen gibt es in deren Logik Auswege nur in den Richtungen:

- gnadenlose Unterwerfung der armen Welt,
- Ersetzung politischer Kräfte mit mehr Skrupeln durch schlimmere,
- Kriege.

Dies ist aber genau das Szenario, von dem Arendt sagt: „Es besteht aller Grund, sich zu fürchten, und aller Grund, die Vergangenheit zu bewältigen.“ (siehe 4. These) In die Vergangenheit schließt Arendt die Kolonialzeit als gravierenden Ausgangspunkt des ökonomischen Terrors ein.

Sehr kontrovers zu diskutieren ist sicher, auch abhängig von individuellen Erfahrungen, die in der 3. These angesprochene Problematik von **Volkseigentum und Eigentümerbewusstsein** und die dazu skizzierte Auffassung von Arendt. Dabei gilt es, etwa ein halbes Jahrhundert nach Arendt und gerade am 7. Oktober, dem Jahrestag der Gründung der DDR, ihrer Herabsetzung des Volkseigentums in Staatseigentum geschichtliche Erfahrungen entgegenzusetzen.

Zur Herausbildung von Eigentümerbewusstsein liegen nur Anfangserfahrungen vor. Sie verdeutlichen, dass es sich um einen evolutionären Prozess langer Dauer handeln wird, bei dem Staatseigentum zu den notwendigen Randbedingungen in der Anfangsphase gehört. Alle Modelle von Eigentumsformen, ob das solche sind, die Sahra Wagenknecht [10] vorstellt oder solche, die das Rätssystem impliziert, gehen von einem Ursprung aus, den es derzeit nicht gibt und der vermutlich nur nach menscheitsgefährdenden Katastrophen zu erwarten wäre. Alle anderen Vorschläge

haben meist den Hintergrund, den Marx schon bei den utopischen Sozialisten als unrealistisch erkannte. Ungeachtet eines Kategorienstreits Volkseigentum versus Staatseigentum, war, historisch gesehen, die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher taktisch und strategisch notwendig, um auf deutschem Boden überhaupt eine Chance zu haben, den unsäglichen Entwicklungsweg des Kapitalismus abubrechen. Auch nach dem Scheitern dieses Versuchs gibt es weder theoretisch noch praktisch eine Notwendigkeit, die demokratisch legitimierte Veränderung der Eigentumsverhältnisse in Zweifel zu ziehen oder abzuwerten. Das ist schon dadurch gerade auch heute noch gerechtfertigt, weil dieses selbst erst in embryonaler Phase vorhandene Volkseigentum für die Weltentwicklung sein Potential und seine Vorzüge entfaltete. Zu nennen sind dafür besonders:

- Das höchste zu schützende Gut in der Wirtschaftspolitik war/ist der Mensch.
- Anstelle der krisenhaften Überproduktion, hervorgerufen durch das Profitstreben, trat die Befriedigung der Bedürfnisse in vernünftigen Grenzen. Es wurde ein Lebensstandard erreicht, der deutlich über dem Durchschnitt der Weltbevölkerung lag.
- Wertschöpfung und Geldpolitik waren nach innen streng miteinander verbunden, wobei erhebliche Einbußen durch die politischen Tauschkurse hingenommen werden mussten.
- Der Handel war aus Sicht der DDR auf gegenseitigen Vorteil gerichtet, vor allem mit Entwicklungsländern und sozialistischen Nachbarländern,
- Die Verteilungsverhältnisse zwischen den Produzenten basierten nicht auf profitmaximierender Konkurrenz und Isolation/Egoismus im Arbeitsprozess. Soziale Grundsicherheit wurde durch Arbeit gegeben. Zerstörerische Elemente des Marktes wurden zurückgedrängt, stattdessen wurden solidarische Elemente gefördert.
- Krieg und Wirtschaft im Sozialismus waren und sind materiell und ideell unvereinbar, während sie sich im imperialistischen Zeitalter bedingen.

In diesen wenigen charakterisierenden Aufzählungen kommt deutlich zum Ausdruck, dass Arendts Gleichsetzung von Staatseigentum im Kapitalismus und Staatseigentum in sozialistischen Gesellschaftssystemen (selbst wenn es dem Anspruch an Volkseigentum noch nicht entsprach) von der Geschichte widerlegt wurde. Nachdem

der sozialistische Entwurf in der Praxis gescheitert ist, krankt die Welt zunehmend am Verlust einer humanistischen Gesellschaftsperspektive.

Die Ursachenanalyse für den Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems

ist ein sehr breit gefächertes und vielfältig bearbeitetes Thema. An dieser Stelle sollen nur die subjektiv bedingten Fehlentwicklungen genannt werden, die auch heute noch wieder und wieder unverantwortbaren Schaden in linker Politik verursachen:

- Linke Politik verfehlt das Ziel, die menschliche Entfremdung im kapitalistischen Arbeitsprozess abzubauen. Vielmehr werden die ständig auswuchernden Standards der Konsumgesellschaft als naturgegeben akzeptiert. De facto sollten im Realsozialismus kapitalistische Standards mit der Methode der zentralistischen Wirtschaftsleitung erreicht werden. Dabei steht auch heute weiterhin die Frage, ob es überhaupt eine Chance für eine Alternative zur konsumdominierten Lebenshaltung gibt.
- Marx/Engels/Lenin wurden nicht genügend in ihrem dynamischen und schöpferischen Wesen verstanden und weiterentwickelt. Vordergründig dienten sie der nachgelagerten Rechtfertigung der von Partei- und Staatsführung getroffenen Entscheidungen. Antagonismen im Sozialismus, gesellschaftliche und individuelle Freiheit, frühzeitige Strategie für den Wandel der Produktivkräfte durch die wissenschaftlich-technische Revolution und Notwendigkeit eines neuen ökonomisches System (NÖS), Disproportionen zwischen Abteilung I und II sind einige Beispiele dafür, wie zunehmend marxistische Theorie und Realpolitik in den sozialistischen Ländern in Widerspruch gerieten.
- Das war auch die Folge davon, dass die Gesellschaftswissenschaften nicht frei nach wissenschaftlichen Grundsätzen gestaltet werden konnten, obgleich es dafür verantwortungsbewusste und hochqualifizierte Wissenschaftler gab. Insbesondere subjektive Anschauungen und Entscheidungen in den Politbüros der Parteien ließen zunehmend einer nach vorn offenen Gesellschaftswissenschaft und Erkenntnisgewinnung zu wenig Raum.
- Eine solche Verletzung der Grundprinzipien des demokratischen Zentralismus zeigte sich mit fortschreitender Zeit auf vielen politischen Ebenen und besonders schädigend auf der Ebene der Parteiführungen. Anstelle politischer

Macht der revolutionären Arbeiter- und Bauernschaft trat die Macht einer Parteiführung. Das brachte gesetzmäßig eine Entfremdung von Partei und Volk mit sich. Folgen dieses Zentralismus war das Verkennen objektiver Erfordernisse, auch in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern (Scheitern des RGW, Deutschlandpolitik). Die führende Rolle einer Partei erfordert Voraussicht auf objektiver Grundlage und nicht Gängelei und Meinungshoheit. Ein solcher Anspruch sollte, falls situationsbedingt tatsächlich erforderlich, darauf gerichtet sein, sich schnellstmöglich zurückzunehmen.

Welche **Schlussfolgerungen** sollten wir aus der Diskussion der vier eingangs formulieren Thesen dieses Vortrages ableiten, speziell auch, wenn wir uns die Ergebnisse der Bundestagswahl vom Herbst 2017 vor Augen führen?

Von Karl Marx wissen wir, dass er zwingender als Hannah Arendt bewusstseinsprägende Effekte mit der Alltagspraxis in Verbindung setzte: „Das Geheimnisvolle der Warenform besteht [...] darin, dass sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständlichen Charakter der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt“ [8], also sich Herrschaft durch diesen Warenformmechanismus hinter vermeintlichen Sachzwängen verstecken kann, woraus ihre scheinbare Unüberwindbarkeit resultiert. Daraus folgt:

- Die politische Arbeit der Zivilgesellschaft muss sich gegen Ursachen und Wesen richten und nicht gegen Opfer und Erscheinungen.
- Die strategische Arbeit erfordert ein marxistisches Verständnis der wirtschaftlichen Krise der Gegenwart und dessen Abwägung zum Keynesianismus. Die Weite und Tiefe dieses Disputs wird sichtbar, wenn selbst vertrauenswürdige Wirtschaftstheoretiker wie Heiner Flassbeck fordern: „Für eine Partei links von der SPD bedeutet das, dass sie einen Godesberg-Moment braucht, um wirklich etwas verändern zu können, also das explizite Eingeständnis, dass Systemüberwindung nicht zu ihrem Programm gehört. Nur wenn sie eine wirkliche und realitätsnahe Alternative bietet, kann sie für breite Schichten wählbar werden.“ [9]
- 25 Jahre Parlamentskonzentration der Linkspartei hat die Entwicklung der Herrschenden objektiv weder aufgehalten noch verhindert. Wer sich weigert,

außerparlamentarische Opposition von links zu sein, stärkt die Opposition von rechts. Also nicht taktische Maßnahmen, um gegen die Kampfreserve des Kapitals (z. Z. AfD) zu Felde zu ziehen, werden helfen, sondern nur Massenbewegungen für realitätsnahe Alternativen zur neoliberalen Alternativlosigkeit, mobilisiert durch die Linkspartei.

Einen massenhaften Widerstand (Bürgerbewegung) und die Tiefgründigkeit linksorientierter Denkfabriken kann es nur geben, wenn unaufhörliche Kleinarbeit in und mit den NGOs geleistet wird. Nur eine solche **außerparlamentarische Stärke** kann eine spätere, vorwärts weisende Regierungsbeteiligung ermöglichen, die dann ermöglicht, den tatsächlichen Mehrheitsinteressen des Volkes zu genügen:

- Antikriegspolitik und Rüstungsproduktion,
- Verhinderung von Staatsverschuldung und Geldüberhängen durch Finanzpolitik,
- Verhinderung von Umverteilungen in Milliardenhöhe durch Steuerpolitik und Staatsfinanzen,
- Möglichkeit von Kapitalschnitten,
- Wirtschaftssolidarität anstelle Leistungsbilanzüberschuss,
- Stopp der Unterordnung öffentlicher Interessen unter privatwirtschaftliches Profitstreben,
- Stärkung des genossenschaftlichen Eigentums,
- Stärkung der Wirtschaftsdemokratie in Unternehmen gegen Unternehmerfreundlichkeit und Spaltung der Gewerkschaften,
- Umverteilung von Milliarden zugunsten der Renten- und Sozialversicherung,
- Auswertung der Treuhandarchive, um die historisch Einmaligkeit von Enteignung und wirtschaftlicher Destruktivität zum Nutzen des Kapitals und des Rechtsbruchs (Schutz des Eigentums) nachzuweisen.

Dem 68. Jahrestag der Gründung der DDR, den Vordenkern und Aktivisten der ersten Stunden, erweisen wir in der Gegenwart unsere Ehre am ehesten dadurch, dass sich die Zivilgesellschaft formiert, organisiert, stärkt und sich an der Seite der Linkspartei dem Großkapital entgegenstellt.

Quellenverzeichnis

- [1] E. Müller: Hannah Arendts Marxkritik. In: Initial – Berliner Debatte 2003.
Linksnet – Für linke Politik und Wissenschaft.
<https://www.linksnet.de/artikel/18404>
- [2] H. Arendt: Denktagebuch 1950 – 1973, Bd. 1, München: U. Ludz und I. Nordmann, 2002,
S. 350 und 364
- [3] H. Arendt: Über den Imperialismus. In: Die verborgene Tradition. Acht Essays.
Frankfurt/Main: Suhrkamp TB, 1976, S. 12 – 31
- [4] S. Benhabib: Internationales Symposium, Essen, 12. – 15. November 1995
- [5] H. Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft.
München: R. Piper GmbH & Co, 1986, S. 523 und 729
- [6] H. Behrend: Überlegungen zu Hannah Arendts Totalitarismustheorie.
6. AKM-Konferenz am 10. Mai 1996, S. 14/15
Siehe auch: <http://www.glasnost.de/autoren/habehrend/arendt.html>
- [7] H. Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft.
München: R. Piper GmbH & Co, 1986, S. 323
- [8] Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S. 86
- [9] H. Flassbeck in: Makroskop – Kritische Analysen zu Politik und Wirtschaft.
Herausgeber: Heiner Flassbeck & Paul Steinhardt.
<https://makroskop.eu/2017/10/gibt-es-nur-eine-alternative-im-nirgendwo/>
(abgerufen am 27.10.2017)
- [10] S. Wagenknecht: Reichtum ohne Gier. Rottenburg: Kopp Verlag, 2016